

In der kritischen Analyse von realer Politik gibt es die Tendenz, den Aussagen politischer Führungsfiguren zu große Bedeutung beizumessen. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die vielerorts erstarken Organisationsformen eines neuen autoritären Nationalismus. Insofern sie sich historisch als Radikalisierung des konkurrenzorientierten, Kleinbürgertums erklären, kennzeichnet sie ursprünglich eine dezidiert antigewerkschaftliche und marktradikal-sozialdarwinistische Programmatik. Erst der neoliberale »Verrat« der traditionellen, sozialdemokratischen Arbeiterparteien trieb ihnen Wähler aus der Arbeiterklasse zu. Aber die Tatsache, dass die aktiven und tonangebenden Kader der rechtsautoritären Formationen sich noch immer fast ausschließlich aus dem Kleinbürgertum rekrutieren, verzögert programmatisch eine Anpassung an die Klasseninteressen der neuen Sympathisanten und Wählerschichten mittels einer entsprechenden national-sozialen Demagogie. Bei Rhetorik bleibt es zumeist, da sich die Rechtsparteien einen veritablen Klassenwiderspruch ins Haus holen. Denn den aus unterschiedlichen sozialen Milieus stammenden Wählerinnen und Wählern muss Verschiedenes, gar Gegensätzliches versprochen werden. Die AfD wirbt in bürgerlichen Gegenden mit Themen zur inneren Sicherheit und geht in proletarischen Vierteln mit sozialdemagogischen Parolen auf Stimmenfang (etwa die, dass Deutschland nicht das »Weltsozialamt« sei).

Unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts in den meisten Staaten Europas hat sich das jeweilige Parteiensystem transformiert und gewissermaßen »italianisiert«. D.h. es franste aus, und die alten »Volksparteien«, die oftmals kleine »große« Regierungskoalitionen bilden, wurden geschwächt. Im angelsächsischen Raum hingegen bleibt das Parteiensystem auf der Grundlage des Mehrheitswahlrechts auffällig stabil. Trotz der starken Stimmung gegen das Establishment in diesen Ländern konnten etwa bei der Wahl zum britischen Unterhaus im Juni 2017 sowohl die Tories als auch Labour ihren Anteil signifikant erhöhen (während die Scottish National Party und vor allem die rechte UKIP starke Einbußen hatten). Auch bei den US-Präsidentenwahlen vom November 2016 spielten kleinere Parteien wie die Green Party oder die Libertarian Party so gut wie keine Rolle. Die Erklärung hierfür lautet, dass sowohl auf der Rechten wie auch auf der Linken Kämpfe gegen die neoliberale »Mitte« ausgefochten werden, um eine Übernahme der geschwächten Großparteien zu erreichen. In Großbritannien ist die »anti-blairistische« Linke in der Labour Party diesem Ziel mit dem überraschenden Erfolg bei den Parlamentswahlen und dem Austritt vieler Anhänger neoliberaler Positionen ziemlich nahe gekommen. In den USA hat das neoliberale Establishment um Hillary Clinton seine institutionelle Macht gerade noch erfolgreich einsetzen können, um den linken Bernard Sanders innerhalb der Demokratischen Partei zu verhindern. Auf der anderen Seite gelang der rechten Graswurzelbewegung mit Trump ein doppelter Triumph: Zum ersten Mal seit langer Zeit konnte gegen den Willen des republikanischen Parteiestablishments ein Rechtsaußenkandidat durchgesetzt werden, der dann auch noch die Präsidentschaftswahlen gewann.

Trump's Wahlkampfversprechen ließen das Schlimmste befürchten. Würde das neue Staatsoberhaupt der USA wirklich eine von Mexiko zu bezahlende Mauer an der Grenze zwischen beiden Ländern errichten und Razzien sowie Massenabschiebungen unter den rund zwölf Millionen unregistrierten Arbeiterinnen und Arbeitern durchführen lassen? Würde er Folter und einen Atomwaffeneinsatz befahlen? Sieben Monate nach Trumps Amtsantritt lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen.

Kontrollverlust

Es gibt Linke, die politische Entwicklungen nachträglich als Ausdruck eines (im schlimmsten Falle widerspruchsfreien) Willens der Herrschenden wahrnehmen, was die subjektiv empfundene Ohnmacht noch verstärkt. Kritische Analyse muss dagegen auf existierende Widersprüche hinweisen und Risse innerhalb des herrschenden Blocks auffindig machen. Die besseren Analysen tun dies, indem sie etwa verschiedene

Kapitalfraktionen benennen: dominantes und untergeordnetes, Finanz- und Industriekapital, export- und binnenmarktorientiertes Kapital etc.

Einige derjenigen, die so argumentierten, identifizierten Trumps Wahlsieg als Ergebnis der global nicht (mehr) konkurrenzfähigen Kapitalgruppen der Kohle-, Stahl- und Automobilindustrie in den USA. Doch ist Vorsicht geboten. Denn es bleibt daran zu erinnern, dass der Triumph des jetzigen Präsidenten deshalb lange kaum vorstellbar schien, weil die herrschende Klasse in der Tat für einen Monat weitgehend geeint auftrat. Das Gros der Unternehmensspenden ging an Clinton, die bürgerlichen Medien stellten sich größtenteils hinter sie, und führende republikanische Kader, insbesondere in der Außenpolitik, wechselten Wochen vor dem Wahltag nahezu komplett ins Clinton-Lager über.

Trump hat die Wahl am Ende nicht gewonnen, sondern die Demokraten haben sie mit der Nominierung der unbeliebten und im Vergleich zu Sanders mobilisierungsschwachen Wall-Street-Establishmentkandidatin Hillary Clinton verloren. Hätten die Demokraten Sanders nicht verhindert, wäre heute wahrscheinlich über den Linksruck in den USA und nicht über Donald Trump und die Rechte zu reden und zu schreiben. Dies belegen zahlreiche Umfragen zu unterschiedlichen Zeiten, denen zufolge Sanders gegen Trump wohl einen haushohen Sieg erzielt hätte. Tatsächlich waren Clinton und Trump die unpopulärsten Kandidaten, die seit der diesbezüglichen Datenerfassung jemals ins Rennen um das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegangen sind. Der »demokratische Sozialist« Sanders ist dagegen bis heute der beliebteste Politiker in den USA.

Die Tatsache, dass die Mobilisierungsschwäche Clintons wahlentscheidend war, wird dadurch untermauert, dass Trump insgesamt kaum mehr Stimmen erhalten hat als die vor ihm gegen Obama unterlegenen republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain (2008) und Mitt Romney (2012). Zudem hat er gegen Clinton den »Popular vote« verloren, d. h. er hat insgesamt sogar weniger Stimmen als sie erhalten. Seinen »Wahlsieg« verdankt er einerseits dem komplizierten Wahlsystem und andererseits seiner populären Antifreihandels- und Anti-Empire-Rhetorik, die ihm in den vom Freihandel verheerten, bevölkerungsreichen und damit wahlentscheidenden Wechselwählerstaaten Ohio, Pennsylvania, Michigan und Wisconsin zur Mehrheit verhalf.

Ja, Trump verfügt über einen Massenanhang. Und im Gegensatz zu Clinton gelang es ihm, Tausende, teilweise Zehntausende zu Wahlkampfauftritten zu mobilisieren. Die radikale Rechte fühlt sich durch Trump zweifellos ermutigt. Für sie ist sein Triumph Ausdruck einer Art »nationales Erwachen«. Und der Präsident bestärkt sie darin, wenn er rechtsterroristische Mordtaten wie das Attentat von Charlottesville herunterspielt. Entsprechend angestiegen ist die Zahl rassistischer Hassverbrechen. Schon in der ersten Woche nach seinem Wahlsieg lagen rechtsextrem motivierte, vor allem antimuslimische Straftaten auf einem höheren Stand als in der Woche unmittelbar nach 9/11.

Der politische Rechtsruck (republikanische Kontrolle von Präsidentenamt, Senat und Repräsentantenhaus, republikanische Gouverneursmehrheit in den Bundesstaaten, Installation von bis zu drei, auf Lebenszeit ernannten, rechten Richtern am Obersten Gerichtshof) steht im Widerspruch zu einer sachten gesellschaftlichen Linksverschiebung, vor allem in Fragen der Bürgerrechte (Schwulen-Ehe, Marihuana-Legalisierung, Schusswaffenregulierung). Das gilt es zu berücksichtigen, wenn die innenpolitische Dynamik verstanden bzw. die Außenpolitik der USA als Ausdruck der inneren gesellschaftlichen Widersprüche begriffen werden soll.

Kampf gegen Trump von oben

Eine zentrale Frage ist: Warum wurde der New Yorker Multimilliardär Donald Trump seitens der herrschenden Klasse im Wahlkampf so wütend bekämpft? Glaubt man der bürgerlich-liberalen Presse, dann besteht der Hauptgrund hierfür in seinem Radaurassismus und seiner Verherrlichung sexueller Gewalt. Das Bürgertum will schließlich nicht von jemandem regiert werden, der zwar reicher sein mag als man selbst, aber redet, als käme er aus der Gosse. Obama dagegen wirkte in dieser Hinsicht regelrecht wohltuend: Ein Schwarzer, der seine bürgerliche Leistungs-

und Aufstiegsorientierung als Herausgeber der *Harvard Law Review* untermauerte und rhetorisch geschliffen redet, entspricht dem Bedürfnis nach angemessener Repräsentation und der Ideologie vom »Amerikanischen Traum«, welche die bestehende Klassengesellschaft und die eigene Herrschaftsposition rechtfertigt, sehr viel mehr. Tatsächlich jedoch liegt der entscheidende Grund für die Ablehnung Trumps in dessen angekündigtem Bruch mit dem Elitenkonsens: Freihandel plus Empire.

Die marxistische Staatstheorie lehrt, dass Regierungsmacht nicht gleich wirkliche gesellschaftliche Macht bedeutet. In den USA ist es mit der »relativen Autonomie« des Staates (Nicos Poulantzas) zwar nicht so weit her, weil es in weniger starkem Maße als in Europa eine ständige Bürokratie, einen mit eigenständiger Macht ausgestatteten Staatsapparat gibt: Während in Deutschland etwa jede Linksregierung heute auf ein weitgehend von FDP-Wirtschaftsliberalen besetztes Entwicklungsministerium und auf neoliberal-imperiale Sozialdemokraten im Auswärtigen Amt trafe, durfte Trump ganze 4.000 Stellen im Staatsapparat neu besetzen. Dieser relative Mangel an einer ständigen Bürokratie ist auch der Grund, warum für viele die Wahlkampfunterstützung eines Kandidaten ganz unverblümt als Investition verstanden wird. Bot das nicht die Möglichkeit eines radikalen Kurswechsels auch gegen den Willen der dominanten transnational-imperialen Kräfte?

Der zeitweilige Kontrollverlust dieser Kräfte bei und nach den Wahlen ließ jedenfalls drei Szenarien denkbar werden: 1. Eine sozial-nationale Faschisierung und ein (rechts-)keynesianischer Kurs, der die soziale Frage von rechts beantworten würde; 2. die Bändigung Trumps im Interesse der transnational-imperialen Klassenfraktion und 3. eine Entwicklung, die man mit dem deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftler Franz Neumann als »Unstaat«- bzw. Behemoth-Szenario bezeichnen könnte, d. h. eine Konstellation, in der – bis zur politischen Unregierbarkeit und Lähmung – der Kampf um den Wiedergewinn der Kontrolle zwischen den einzelnen Staatsapparaten, zwischen den Bundesstaaten und der Nationalregierung und innerhalb der Regierung ausgefochten wird.

Regierung des Kapitals?

Von welchem Szenario lässt sich bislang am ehesten ausgehen? Indikatoren können erstens die Zusammensetzung der Regierung sein und zweitens deren realpolitische Entscheidungen. Geht man dabei davon aus, dass Obamas Politik – vom Scheitern der »Kapitalismusreform« im Innern 2009/2010 bis zur austeritätspolitischen Wende 2010 ff. – ein Ausdruck der Macht des transnational-imperialen Blocks war, kann die Antwort auf die Frage, ob nunmehr mit der Politik der Vorgängerregierung gebrochen wurde, als wichtige Bewertungsgrundlage angesehen werden.

Der Antiestablishment-Wahlkampf Trumps steht in merklichem Gegensatz zur Tatsache, dass die Minister seiner Regierung aus den klassischen Zirkeln der US-Machtelite rekrutiert wurden. Tatsächlich sind spezifische Kapitalfraktionen, die traditionell mit der Republikanischen Partei verbunden sind, besonders stark vertreten. Dies gilt für das US-Militär, die Rüstungsindustrie sowie die Öl- und die Gasindustrie. Aber auch das Wall-Street-Finanzkapital, das allgemein stark mit der Demokratischen Partei verbunden ist, nimmt in der amtierenden Regierung eine führende Stellung ein.

Das lässt sich erstens an Trumps oberstem Wirtschaftsberater Gary Cohn festmachen. Der war von 2006 bis 2017 Geschäftsführer und damit der zweitmächtigste Mann von Goldman Sachs. Im Wahlkampf hatte Trump in einem Wahlwerbespot das Bankhaus noch bezichtigt, es habe die »Arbeiterklasse ausgeplündert« (zit. n. *New York Times*, 29.11.2016). Und noch in seiner letzten Wahlkampfreden hatte er getönt: Der Wahltag sei der »Tag der Rache der Arbeiterklasse«. 2010 hatte Cohn vor dem US-Kongress über die Rolle der Investmentbank beim Entstehen der Subprime-Hypothekenkrise, Ausgangspunkt der globalen Finanzkrise, aussagen müssen. Für seinen Wechsel in die Politik erhielt Cohn eine Abfindung von 285 Millionen US-Dollar. Nach Robert Rubin unter dem Demokraten William



Hält nicht, was er versprochen. Protest gegen US-Präsident Donald Trump

Auf gebr

Die Behauptung, die US-Regierung des kleinen Mannes, ist ein schlechtes Beispiel durch kapitalfreundliche Politik D



Donald Trump am 29. August 2017 in Austin, Texas

Linie macht

gierung handele zum Wohle
echter Witz. Über die durch und
Donald Trumps, Teil 1. **Von Ingar Solty**

Clinton und Henry »Hank« Paulson unter dem Republikaner George W. Bush ist er der dritte Goldman Sachs-Mann in führender Position in den letzten vier US-Regierungen. Cohns erklärte politische Ziele sind dabei die Senkung der Steuern für Unternehmer und Reiche sowie die Abschaffung der von Obama eingeführten Gesundheitsversicherung.

Trumps Finanzminister Steven Mnuchin war von 1985 bis 2002 in leitender Funktion bei Goldman Sachs und dann als Gründer mehrerer Hedgefonds tätig. Seit dieser Zeit tat er sich auch als Parteifinanzier hervor. Dabei unterstützte er neoliberale Kandidaten beider Parteien, insbesondere die der Demokraten. Mnuchin ist der Architekt der radikalsten Kapitalsteuersenkungen in der Nachkriegsgeschichte der USA. Die Reduzierung der Unternehmenssteuer von derzeit 35 auf 15 Prozent wurde per Dekret des Präsidenten auf den Weg gebracht. Schließlich hat der Finanzminister die erneute Deregulierung der Finanzmärkte zur Priorität seiner Politik erklärt. Dazu gehört die Rücknahme einiger halbherziger Auflagen, die von der Obama-Regierung im Rahmen der »Dodd-Frank«-Reform eingeführt worden waren. Die *New York Times* kommentierte entsprechend: Mnuchins Ernennung »vertrage sich schlecht mit Trumps Wahlkampfretorik gegen die Finanzwirtschaft«. Die Aufhebung der Finanzmarktregulierungen ordnete Trump per Dekret am 3. Februar an.

Mit Handelsminister Wilbur Ross sitzt ein weiterer Investmentbanker am Kabinetttisch. Ross wird auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt mit einem Nettovermögen von 2,5 Milliarden US-Dollar geführt (Stand Februar 2017). Auch er entstammt der den Demokraten nahestehenden Wall-Street-Elite New Yorks. In den 1990er Jahren war er für die Clinton-Regierung tätig und diente dem damaligen New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani als Privatisierungsberater. Ross ist ein entschiedener Gegner protektionistischer Bestrebungen von Teilen der Trump-Regierung, wie sie insbesondere von Robert Lightizer vertreten werden, der knapp drei Monate nach Ross zum Handelsbeauftragten der USA ernannt wurde und der in der Welthandelsorganisation (WTO) auf mehr Strafverfahren gegen China pocht. Ross und Lightizer repräsentieren die handelspolitischen Divergenzen innerhalb der Regierung.

Auch Trumps Tochter Ivanka und ihr Ehemann, erster Berater des Präsidenten, der Immobilieninvestor Jared Kushner, können dem Wall-Street-Flügel zugerechnet werden. Gleiches gilt für die stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin Dina Powell, die ab 2007 in führenden Funktionen bei Goldman Sachs tätig war.

Big Business im Kabinett

Auffällig ist die traditionelle Nähe der Republikaner zur Erdöl- und Gasindustrie. So war Trumps Außenminister Rex Tillerson von 2006 bis 2016 Geschäftsführer des Erdölkonzerns Exxon-Mobil. Tillerson ist ein erklärter Anhänger von Freihandel (einschließlich der transpazifischen Partnerschaft) und Marktregulierungen. Wirtschaftlich hat er wiederum enge Verbindungen zu Russland und Saudi-Arabien unterhalten. Dies mag erklären helfen, warum er ein Gegner der Russland-Sanktionen innerhalb der Regierung ist und warum der Präsident das Bündnis mit dem islamisch-theokratischen Saudi-Arabien noch einmal verstärkt hat.

Energieminister Richard Perry unterhält als früherer republikanischer Gouverneur von Texas ebenfalls enge Kontakte mit der Erdöl- und Gasindustrie. Perry gehörte bis Ende 2016 dem Vorstand von Energy Transfer Partners, einem der größten Kapitalanleger in den USA überhaupt, an. Das Unternehmen ist Eigentümer eines riesigen Netzes aus Öl- und Gaspipelines und baut gegen heftigen Widerstand amerikanischer Ureinwohner und Umweltschützer gerade die mehr als 1.800 Kilometer lange »Dakota Access Pipeline«. Deren legislative und polizeiliche Durchsetzung sowie auch die der »Keystone XL Pipeline«, die das ökologisch besonders verheerende kanadische Teersandöl in die USA liefert, hat die Trump-Regierung als eine ihrer ersten Amtshandlungen am 24. Januar 2017 beschlossen. Im Dienste und Interesse dieser Industriebranche leugnet Perry den menschengemachten Klimawandel.

Zuletzt tat er dies in einem *CNBC*-Interview vom 19. Juni 2017.

Umweltminister Scott Pruitt schließlich hat die Umweltschutzbehörde, der er jetzt vorsteht, im Laufe seiner Karriere als Generalstaatsanwalt des Ölstaates Oklahoma wenigstens vierzehnmal verklagt. Er sieht sich als, wie er sich ausdrückt, »Vorkämpfer gegen die aktivistische Agenda der Umweltschutzbehörde«. Auch er hat dabei im Laufe seiner Karriere erhebliche Spenden der kohle- und gasfördernden bzw. energieerzeugenden Industrien erhalten, und auch er verbrämt deren Kapitalinteressen, indem er den wissenschaftlichen Konsens leugnet, dass der Klimawandel menschengemacht und primär auf Kohlenutzung zurückzuführen ist. Pruitt war federführend bei der Ablehnung des (unverbindlichen) Pariser Abkommens auf dem G-20-Gipfel in Hamburg vom Juli 2017.

Im schroffen Widerspruch zu Trumps anti-imperialen und anti-interventionistischen Äußerungen während des Wahlkampfes steht auch die Präsenz hochrangiger Militärs in der Regierung. Dazu gehören auch jene, die für die von Trump noch vor der Wahl scharf kritisierten Militäreinsätze der USA im arabischen Raum und für den von George W. Bush begonnenen und von Barack Obama fortgeführten »Krieg gegen den Terror« verantwortlich sind. Letzterer hat nach Berechnungen der Brown University bislang 4,79 Billionen US-Dollar verschlungen. Das ist mehr als das Sechsfache dessen, was die Obama-Regierung auf dem Höhepunkt der Krise konjunkturpolitisch für das US-Krisenmanagement aufgewendet hat. Der »American Recovery and Reinvestment Act« belief sich auf insgesamt »nur« 787 Milliarden US-Dollar.

Kriegsminister James Mattis, war u. a. zwischen 2002 und 2004 Brigadier und Major General während der US-Kriege in Afghanistan (2002 ff.) und dem Irak (2003 ff.). Von 2010 bis 2013 übernahm der Marinegeneral als Nachfolger von General David Petraeus den Posten des Oberbefehlshabers der US-Armee im gesamten Nahen Osten, Ostafrika und Zentralasien. Er ist also hauptverantwortlich für die Kriegsoperationen nicht nur im Irak und in Syrien, sondern ebenfalls für die Zerstörung Libyens durch NATO-Bomben 2011. Und auch der amtierende Stabschef im Weißen Haus, John F. Kelly, der zuvor dem Heimatschutzministerium vorstand, ist ein Mann des Militärs aus dem Umfeld der Außenpolitiker der Republikaner, die wiederum eng mit der Rüstungsindustrie verhandelt sind.

Der Haushaltsplan 2018 spiegelt denn auch die Zusammensetzung des Kabinetts wider. Vorgesehen ist die Kürzung fast sämtlicher sozialpolitischer Ausgaben: vom sozialen Wohnungsbau über die Bildung bis zu den Künsten. Ausgabensteigerungen gibt es allein in drei Bereichen. Die Kriegsveteranen-Unterstützung wird ausgeweitet und die »Heimatschutz«-Behörde, zuständig für die innere Überwachung, erhält mehr Geld. Der Rüstungsetat wird noch einmal um 54 Milliarden US-Dollar angehoben bzw. steigt um mehr als zehn Prozent und erreicht eine Summe von insgesamt 639 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) in etwa dem Dreifachen der Militärausgaben Chinas (215 Milliarden US-Dollar) und dem Zehnfachen dessen, was Russland investiert (69,2 Milliarden US-Dollar).

Trumps Ministerriege steht für eine radikale Politik der »Akkumulation durch Enteignung« (David Harvey): Überschüssigem Kapital werden neue Anlagesphären geschaffen, indem das Profitprinzip im Bildungs- und im Gesundheitsbereich (wieder) stärker zur Geltung kommt: So will Bildungsministerin Elisabeth DeVos die öffentliche Bildung weiter privatisieren und öffentliche Schulen, die die Multimilliardärin selbst nie besucht hat, schließen und durch private Schulen ersetzen. Zugleich hat die Regierung im März 2017 Finanzschutzschirme für Studierende, die ihre Studienschulden nicht mehr zurückzahlen können, abgeschafft. Gesundheitsminister Thomas Price ist wiederum ein vehementer Verfechter eines privaten Gesundheitssystems und der Rücknahme von »Obamacare«. Gerade damit könnte Trump seine Anhängerschaft gegen sich

aufbringen, wie die Townhall-Debatten der Republikaner zeigten, bei denen sich jene Teile der Parteibasis, die auf Obamacare angewiesen sind, für dessen Beibehaltung aussprachen.

Trumponomics

Der Widerspruch zwischen der Antiestablishment-Wahlkampfretorik und der radikal prokapitalistischen Orientierung der Trump-Regierung zeigt sich neben ihrer personellen Zusammensetzung auch in ihren konkreten politischen Maßnahmen. Und daran erweist sich ziemlich deutlich, wie es dem Block an der Macht gelungen ist, den Präsidenten im Sinne ihrer eigenen transnational-imperialen Interessen zu bändigen.

Die neue Regierung schien zunächst die eigenen Wahlkampfversprechen einhalten zu wollen. Dazu gehörte der Bruch mit dem Investitionsschutzabkommen »Transpazifische Partnerschaft« (TPP) und seinem transatlantischen Äquivalent TTIP. Diese Abkommen sind sowohl von ökonomischem wie auch geopolitischem Interesse für den Block an der Macht. Insbesondere die gegen China gerichtete geopolitische Dimension von TPP kann dabei nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus war auch das Einreiseverbot für Muslime (»Muslim ban«) bemerkenswert, weil Trump sich hier gleich nach Amtsantritt mit der kapitalistischen Klasse anlegte. Auffällig daran war vor allem die politisch und juristisch amateurhafte Weise, in der dies geschah.

Die Zusammensetzung der Regierung zeigte jedoch früh, dass Trump keinen ernstzunehmenden Konflikt mit dem Block an der Macht einzugehen gewillt war. Seine mit Multimillionären und Milliardenäres gespickte Regierung ist – gemessen an ihrem Gesamtvermögen – nicht nur die reichste Regierung aller Zeiten. Sie macht jetzt auch ganz profan Politik für die Reichen, also für ihre eigene Klasse.

Diese Tatsache kann durch die Nennung bisheriger Maßnahmen untermauert werden. Dazu gehören neben den bereits genannten:

- Die Verhängung eines 90tägigen Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst (per Präsidentendekret vom 23. Januar), gefolgt von einem Plan zum Abbau der öffentlichen Beschäftigung in allen Bereichen, außer bei den Streitkräften;
- die Einrichtung der »Behörde für amerikanische Innovationen«, die eben jenem Zweck des Abbaus der öffentlichen Beschäftigten dient (per Dekret vom 27. März). Geleitet wird die Behörde von Trumps Schwiegerohn und Berater Jared Kushner. Die anderen Mitarbeiter wie Christopher Liddell und Reed Cordish sind ebenfalls Finanzkapitalisten aus dem engsten, auch familiären Umfeld von Trump;
- die Einführung eines juristisch umstrittenen Deregulierungszwangs, der vor allem negative Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherheit, den Umweltschutz und den Verbraucherschutz haben wird (Dekret vom 30. Januar);
- die Initiierung eines Prozesses zur Rücknahme von Auflagen zum Schutz von sensiblen Wasserschutzzonen, die der Kapitalakkumulation bzw. der Öl- und Gasförderung und der Verklappung von Energieindustrieabfällen in Flüsse und Grundwasser im Wege stehen (verschiedene Dekrete vom 28. Februar, 28. März und 28. April);
- die Wiedereinführung von Hypothekengebühren, die von der Obama-Regierung abgeschafft worden waren.

Kurzum: Die neue Regierung steht für eine Radikalisierung des neoliberalen Programms ihrer Vorgängerregierungen. Einen sozial-nationalen Kurs gibt es nicht. Statt dessen betreibt Trump im marktradikalen Geiste eine Kahlschlagpolitik, höhlt die verbliebenen Sozialprogramme aus und erhöht den Druck zu weiterem Sozialabbau, indem die Unternehmens- und Kapitalertragssteuern auf den niedrigsten Stand seit Ende des Zweiten Weltkriegs gesenkt werden. Die Börse freut's. Der US-Aktienindex Dow Jones befindet sich auf einem Höchststand.

■ Ingar Solty schrieb an dieser Stelle zuletzt am 28.7. über die Krise der von den USA dominierten kapitalistischen Weltordnung.

■ Teil II (und Schluss) erscheint in der Ausgabe von Montag.